

Einführung in die Politikwissenschaft

1 Was ist und tut die Politikwissenschaft

Politik: Soziales Handeln, das auf Entscheidungen und Steuerungsmechanismen ausgerichtet ist, die allgemein verbindlich sind und das Zusammenleben von Menschen regeln.

Soziales Handeln: Menschliches Verhalten, das in direkter Verbindung zum Handeln anderer Menschen steht. Interaktives Handeln. Durch soziales Handeln entsteht soziale Wirklichkeit.

Politisches Handeln: Soziales Handeln, das auf allgemein verbindliche Entscheidungen und Steuerungsmechanismen hinwirkt. Ob die allgemeine Verbindlichkeit tatsächlich erreicht wird, ist hier unwesentlich.

Staat: Wichtigster Bezugsrahmen politischen Handelns. Staaten sind oft die Folge der Bemühungen von gewaltbereiten Gruppen, Macht über eine bestimmte Bevölkerung, Territorien und Ressourcen zu erlangen. Staaten machen Kriege und Kriege machen Staaten.

Expansion staatlicher Funktionen: Früher: Gewährleistung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, Schutz der Bevölkerung und des Territoriums, Schaffung von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Heute: Auch Massnahmen zur Förderung der Wirtschaftsaktivität, Effizienz, Umverteilung von Wohlstand

Entmachtung des Staates: Steuerungskompetenzen werden nach unten (Märkte, Verbände, NGO) und nach oben (internationale oder supranationale Organisationen) verlagert

Politikwissenschaft: Wissenschaftliche Beschreibung und Erklärung politischer Phänomene. Untersucht Verhalten, Entscheidungsprozesse, Ereignisse oder Entwicklungen, Strukturen und Organisationen, die dem Politischen zuzuordnen sind.

- Beschäftigung damit, wie gesellschaftliche Organisationsformen idealerweise aussehen sollten.
- Verallgemeinerbare Aussagen zur Funktionsweise der Politik.

Empirisch-analytisch: Möglichst objektive, werturteilsfreie Beschreibung und Erklärung der politischen Wirklichkeit. Annahme, dass politische Phänomene unabhängig vom Beobachter beschrieben, gemessen und erklärt werden können. Kausale Hypothesen sollen durch logische Analysen und empirische Tests überprüft werden.

Gütekriterien: Systematik, Objektivität, Verlässlichkeit, Gültigkeit, intersubjektive Prüfbarkeit

Hermenutisch: Fragestellung, die anhand von empirischen Informationen und ihrer Interpretation beantwortet wird.

Fragen: Welche Bedeutung, verband der Urheber mit dem zu Verstehenden? In welchem Bedeutungszusammenhang steht das zu Verstehende? Welche Zielsetzung war damit beabsichtigt?

Positive Forschung: Reale Welt soll möglichst werturteilsfrei und unabhängig vom Beobachter beschrieben, erklärt und verstanden werden.

Normative Forschung: Forscher bezweckt mit seiner Analyse die Bewertung eines politischen Sachverhalts nach bestimmten Kriterien.

Schritte zu einer Forschungsfrage: 1. Festlegung des Phänomens 2. Einordnung in 2 Schemata (siehe unten) 3. Theoretische Überlegungen zu Ursache und Wirkung 4. Zu einer überprüfaren Hypothese verichten

Polity: Politische Struktur und Akteure. Institutionen bzw. Organisationen, in denen politisches Handeln stattfindet.

Politics: Politische Prozesse. Prozesse der Willensbildung, Entscheidungen und Umsetzung.

Policy: Politische Inhalte, konkrete Aufgaben, Ziele, Gestaltung politischer Programme.

Analyseebenen: Individuum, Regierung, Gesellschaft, Zwischenstaatlich, Weltsystem

2 Empirisch-analytische Forschung: Theoretische Ebene

Hauptziel: Logisch konsistente und empirisch bestätigte Aussagen über politische Zusammenhänge zu erarbeiten.

Logisch konsistent: ohne inneren Widerspruch, empirisch falsch oder richtig

Empirisch: Tatsächlich beobachtbar

Falsifizierbarkeit: Prinzipielle Möglichkeit, die Aussage anhand empirischer Beobachtungen zu widerlegen.

Inferenz: Aufgrund von theoretischen Modellen und empirischer Evidenz generalisierbare Schlussfolgerungen über Wirkungszusammenhänge ziehen.

Spielregeln der Wissenschaft: Nachvollziehbarkeit, Ehrlichkeit, Wahl der bestmöglichen Theorie und Methode

Harte empirische Tests: Falsifikation der Hypothese wesentlich einfacher zu erreichen als Bestätigung

Ablauf: (Arbeitsschritte)

1. Formulierung einer Fragestellung
2. Entwicklung eines theoretischen Arguments
3. Ableitung von Hypothesen
4. Konzeptdefinition
5. Bestimmung der Untersuchungsform (Methode)
6. Operationalisierung: Wie werden theoretische Konzepte empirisch gemessen? Den verschiedenen Konzepten des theoretischen Arguments werden empirisch beobachtbare Indikatoren zugeordnet.
7. Fallauswahl: Grundgesamtheit soll gut und repräsentativ abgedeckt sein.
8. Datenerhebung und -erfassung
9. Analyse (Herzstück): Rückkoppelung zwischen Theorie und Empirie
10. Publikation

Gute empirisch-analytische Fragestellung: zentral für das Gelingen eines Forschungsprojektes

- Fragestellung tatsächlich als Frage formuliert.
- Fragestellung empirisch überprüfbar
- Gesellschaftliche oder politikwissenschaftliche Relevanz
- Keine normative Prägung
- Forschungsgebiet muss eingegrenzt werden, damit Beantwortung möglich ist

Theorie: System von miteinander verbundenen Aussagen, mit mehreren Hypothesen und Gesetze über Zusammenhänge zwischen verschiedenen Konzepten.

Gute Theorien: Hohe Erklärungskraft, intern konsistent, nur logisch richtige Aussagen, Falsifizierbarkeit (in der empirisch-analytischen Tradition), Konkrete Aussagen ableitbar

Induktive Theoriebildung: Von empirisch beobachteten Tatsachen auf einen allgemeinen Zusammenhang schliessen, vom Besonderen auf das Allgemeine, zur Überprüfung andere Daten als zur Formulierung notwendig!

Deduktive Theoriebildung: Von allgemeinen Aussagen auf das Besondere schliessen, nur logisch konsistente Schlüsse, vor allem bei entwickelten Forschungsgebieten und umfassendem Vorwissen

Hypothesen: Vermutungen über Wirkungszusammenhänge zwischen zwei oder mehreren Konzepten, theoretisch hergeleitet, empirisch überprüfbar, falsifizierbar

Gute kausale Hypothesen: Kriterien

- Wirkungszusammenhang zwischen mindestens zwei Konzepten, unabhängige und abhängige Variable und Effekt klar ersichtlich
- Beide Konzepte können unterschiedliche Ausprägungen annehmen
- Falsifizierbarkeit, empirische Beobachtungen, die nicht der Hypothese entsprechen, müssen prinzipiell möglich sein

Deterministische Hypothesen: Wenn X, dann immer Y.

Probabilistische Hypothesen: Wenn X, dann mit p Prozent Wahrscheinlichkeit Y.

Gesetze: Empirische Hypothesen mit unbegrenztem Gültigkeitsanspruch

Paradigma: Theorie, die in einem Wissenschaftszweig zum Standard geworden ist und deren Kern nicht in Frage gestellt wird

Modelle: stark vereinfachte Darstellungen der Wirklichkeit auf eher abstrakter Ebene

Gute Modelle: Falsifizierbarkeit, Klarheit, Blick auf wesentliche Merkmale der Realität fokussieren

Pfeildiagramm: kausale Zusammenhänge zwischen Konzepten durch Pfeile dargestellt, Richtung des Pfeils zeigt Wirkung Positiv- oder Negativzeichen die Art des Zusammenhangs

Konzepte: in einer Theorie enthaltene Grundbegriffe, müssen genau definiert sein

niert, die wesentlichen Eigenschaften und Merkmale des Konzepts im theoretischen Kontext ersichtlich sein

Variablen: Sammelbegriff für alle Merkmalsausprägungen, die ein Konzept annehmen kann, unabhängige (erklärende) Variablen als Ursache für Veränderungen der abhängigen Variable

Erklärung: in der Wissenschaft oft deduktiv-nomologische Erklärungen

Explanandum: zu erklärender Sachverhalt

Explanans: Ursachen und Zusammenhänge, besteht aus Hypothese und Feststellung, dass die Randbedingungen der Hypothese vorliegen

Prognosen: Vorhersagen über das Eintreffen eines Ereignisses, Zustandes oder Entwicklung, gleiche logische Struktur wie die Erklärung, aber das Explanandum ist gesucht

Kausalität: Beziehung zwischen Ursache und Wirkung, Ursache ist ein Ereignis oder Umstand, der ein anders Ereignis oder Umstand hervorruft, empirischer Nachweis sehr schwierig

Korrelation: Zwei Ereignisse oder Umstände variieren gemeinsam, auch negative Korrelation, Korrelation notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Kausalität

Scheinkorrelation: zwei Variablen korrelieren, weil sie mit einer dritten kausal verbunden sind

3 Empirisch-analytische Forschung: Empirische Ebene

Validität: Interne und externe Validität oft in einem Spannungsverhältnis

Interne Validität: Beobachtete Veränderungen der abhängigen Variable tatsächlich auf den Einfluss der unabhängigen Variable zurückführbar, kausale Zusammenhänge klar identifiziert

Externe Validität: Ergebnisse generalisierbar

Untersuchungsformen: je nach Fragestellung, Hypothese und Datenverfügbarkeit

Experimente: Kausaler Zusammenhang unter kontrollierten Bedingungen empirisch überprüfen. Versuchs- und Kontrollgruppe unterscheiden sich nur durch das Treatment. Randomisierung (Zufallseinteilung) entscheidend! Interne Validität hoch, externe geringer

Quasi-Experimente: tatsächlich existierende Fälle und Situationen, die in Bezug auf politische Strukturen, Inhalte und Prozesse bis auf die unabhängige Variable sehr ähnlich, Experiment ohne Randomisierung, ohne aktives Einwirken des Forschers

Nicht-experimentelle Untersuchungsformen: ex post auf natürlich produzierte Daten, unabhängige Variable nicht randomisiert!

Quantitative Untersuchungsformen: Erfassen politikwissenschaftliche Konzepte in Form von Zahlen, standardisierte Messmethoden, zb Fragebogen mit klar vorgegebenen Antwortmöglichkeiten oder bereits erhobene Sekundärdaten, Vorteile: grosse Anzahl von Beobachtungen untersuchen und vergleichen, strukturiertes Vorgehen erhöht Nachvollziehbarkeit und Reliabilität, Unsicherheit quantifizierbar, Nachteile: Untersuchungsgegenstand nur schwer in Zahlen fassbar, verleiten zur Zahlengläubigkeit, Gefahr einer zu starken Vereinfachung

Qualitative Untersuchungsformen: Komplexität sozialer Zusammenhänge im Detail verstehen. Prozesse, Mechanismen und Abläufe im Detail analysieren, oft Generierung neuer Hypothesen. fallspezifische Umstände können berücksichtigt werden. Nachteile: Anzahl der Fälle beschränkt, geringere Generalisierbarkeit, Fehlerwahrscheinlichkeit unklar, Gefahr der Überdeterminiertheit (mehr Variablen als Fälle)

mixed methods design: Kombinationen von qualitative und quantitative Methoden

Fallauswahl: Qualität der Fallauswahl entscheidend für externe Validität

Zufallsstichprobe: Jedes Element der Grundgesamtheit hat die gleiche Chance, in die Stichprobe zu gelangen

Quotenstichprobe: sicherstellen, dass gewisse Quoten einzelner Merkmale in der Stichprobe vorhanden sind in der gleichen Relativität wie in der Grundgesamtheit

Vollerhebung: Alle Einheiten der Grundgesamtheit werden untersucht

Selection Bias: Fehlen von Daten kann mit bestimmten Charakteristika zusammenhängen, man sollte sich über zugrunde liegenden Selektionsmechanismus bewusst sein und die Art der Verzerrung sbei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigen

Vergleichende Fallstudien: Jede mögliche Kombination von Variablenausprägungen sollte untersucht werden

Most Similar Systems Design: Fälle sollten sich in Bezug auf die interessierende unabhängige Variable unterscheiden, aber bezüglich anderer unabhängiger Variablen sehr ähnlich sein

Most Different Systems Design: Frage, warum sehr unterschiedliche Umstände in den untersuchten Fällen zum gleichen Ergebnis geführt haben, Fälle unterscheiden sich bis auf die primär interessierende unabhängige Variable sehr stark

Operationalisierung: Konzepte des theoretischen Arguments empirisch fassbar machen

Konzept: genau definierte Begriffe als Grundlage des theoretischen Arguments

Indikatoren: empirisch beobachtbare, messbare Entsprechungen der Konzepte

Variablen: Dichotome/binäre/Dummy mit zwei Ausprägungen, diskrete Variablen mit wenig verschiedenen Werten und stetige Variablen mit jedem beliebigen Wert

Validität: Gültigkeit, in wie weit der Indikator tatsächlich das zu operationalisierende Konzept misst

Reliabilität: Zuverlässigkeit, in wie weit wiederholte Messungen eines Konzepts mit einem bestimmten Indikator die gleichen Ergebnisse hervorbringen

Datenerhebung: Methoden

Befragung: Fragen an Menschen stellen, Expertenbefragungen oder Umfragen, standardisierte Befragungen (Fragen und Antwortmöglichkeiten klar vorgegeben), Halbstrukturierte Befragungen (Leitfaden), rein qualitative Interviews (grober Frageleitfaden)

Beobachtung: Feldnotizen und Beobachtungsprotokolle, offen oder verdeckt, Hoch strukturiert (quantitativ) oder weniger strukturiert (qualitativ)

Dokumenten- oder Inhaltsanalyse: schriftlich vorliegende Dokumente qualitativ oder quantitativ analysieren

Sekundärdaten: bereits erhobene Daten

Empirische Datenanalyse: empirische Überprüfung der im Theorieteil formulierten Hypothesen

Deskriptive Statistik: zum Beispiel mit Häufigkeitstabellen, Ergebnisse gelten nur für die Fälle im verwendeten Datensatz

Inferenzstatistik: statistische Techniken erlauben eine Verallgemeinerung

Publikation: Sicherstellung der Qualität durch Peer-Review-Prozesse (Arbeit wird von anderen Politikwissenschaftlern kritisch begutachtet)

Beurteilungskriterien für wissenschaftliche Arbeiten: trotz Peer Review...

- Ist das theoretische Argument logisch konsistent?
- Ist die empirische Untersuchung gut durchgeführt worden? Unverzerrte Fallauswahl, Forschungsdesign, Messmethoden zuverlässig, angemessene empirische Methoden...
- Stützen die empirischen Ergebnisse das theoretische Argument? Alle Implikationen des Modells getestet? Richtige Schlüsse gezogen?

4 Grundformen politischer Systeme

Politische Systeme: Gesamtheit institutioneller und sozialer Strukturen, durch die verbindliche Regeln für das Staatsvolk hergestellt, umgesetzt und durchgesetzt werden und durch die politische Ämter besetzt werden.

Territorialstaaten: rund 200, Souveränität nach innen und aussen

Elemente des politischen Systems: Zentrales politisches Entscheidungssystem, intermediäre Akteure, Bürger

Demokratie: Herrschaft durch das Volk (government of the people, by the people and for the people)

Repräsentative Demokratien: Anzahl und Komplexität politischer Fragestellungen stark gestiegen, deswegen werden politische Fragen nicht mehr direkt durch die Bürger entschieden, Volk bleibt der Souverän (ultimativer Inhaber der Staatsgewalt)

Merkmale demokratischer Systeme: Entscheidungsmacht vom Volk an den Repräsentanten direkt übertragen, freie und faire Wahlen, Mandat zeitlich begrenzt

Weiter Demokratiebegriff: Nicht nur demokratische Wahlen, sondern auch Rede- und Pressefreiheit, Verfügbarkeit alternativer Informationsquellen, Freiheit, sich zu Vereinigungen zusammenschliessen

Direktdemokratische Elemente: Mitbestimmung der Bürger bei ganz konkreten Themen in Form von Abstimmungen

Autokratische Systeme: Anforderungen einer Demokratie nicht erfüllt, in der Regel regiert eine kleine Gruppe, die nur ein niedriges Mass an Forderungen und Anregungen des Volkes in die Politik aufnehmen muss

Militärregimes: Regierung aus einer Gruppe von aktiven oder ehemaligen Militärs

Ein-Parteien-Systeme: Eine Partei dominiert die Politik und kontrolliert den Zugang zur politischen macht, Regierungssämter werden durch einen innerparteilichen Auswahlprozess besetzt

Personalistische Systeme: Zugang zu politischen Ämtern vom Wohlwollen einer einzelnen Person abhängig, weder Partei noch Militär haben die Macht, unabhängig der Person des Machthabers Entscheidungen zu treffen

Mischformen: Merkmale der Idealtypen vermischen sich

Monarchien: Einzelne Person hat aufgrund besonderer Vorrechte oder besonderer Fähigkeiten das Amt des Staatsoberhauptes inne, Erbmonarchie oder Wahlmonarchie, in konstitutionellen Monarchien Macht des Monarchen durch eine Verfassung begrenzt, aber Exekutivmacht beim Monarchen, in parlamentarischen Monarchien sehr eingeschränkte Macht (Monarch kann Regierung nicht absetzen), meist nur repräsentative Aufgaben

Totalitarismus: Extremste Form autokratischer Staaten, beinhaltet Ideologie und Terror, gesamtes Leben der Bürger wird in den Dienst der totalitären Ideologie gestellt, staatliches Monopol im Bereich der Massenkommunikationsmittel, zentral gesteu-

ertes Wirtschaftssystem, Waffenmonopol, Geheimpolizei, Bespitzelungstaktiken

Messung des Systemtyps: Ergeben sich in einer Studie auch unter Verwendung eines Alternativindikators ähnliche substantielle Ergebnisse, spricht man davon, dass die Ergebnisse robust sind

Demokratierevariable (ACLP-Index): minimalistischste Demokratie-Definition, diskret

Vanhanen-Index: minimalistischste Demokratie-Definition, kontinuierlich

Polity IV Index: enge Demokratie-Definition, kontinuierlich

Freedom House Index: weitgehende Demokratie-Definition, kontinuierlich

Wirkung des politischen Systemtyps: demokratische Politiker grösseren Anreiz, auf Präferenzen einer grossen Anzahl von Staatsbürgern Rücksicht zu nehmen, in autokratischen Systemen werden eher Eliten durch politische Zugeständnisse und indirekte monetäre Leistungen zufriedener gestellt

Medianwähler: durchschnittlicher Wähler, in Demokratien weniger privilegiert

Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Populismus:

Demokratische Politiker treffen notwendige, aber unpopuläre Entscheidungen nicht gerne, weil sie an ihrer Wiederwahl interessiert sind

Selektoratstheorie: Charakterisierung eines Systems: Selektorat bilden diejenigen Bewohner eines Landes, die ein Mitspracherecht bei der Auswahl der Regierung haben, winning Koalition der Teil des Selektorats, der einflussreich genug ist, um der Regierung politische Macht zu geben.

Demokratisierungsprozesse: Ob und weshalb Übergänge von einem System zum anderen zustandekommen

Demokratisierung: Autokratischer Staat entwickelt sich zu einem demokratischeren System

Demokratisierungswellen: Zeitraum, in dem ungewöhnlich viele autokratische Länder eine demokratische Staatsform annehmen und sich gleichzeitig nur wenige Länder hin zu einem autokratischen System wandeln

Klassifizierung: Pfad 1 - Re-Demokratisierung von militärisch besetzten, ehemals demokratischen Staaten, Pfad 2 - Re-Demokratisierung durch eine externe Besatzungsmacht, Pfad 3 - regimeinduzierte Demokratisierung (teilweise Pakt des Vergessens), Pfad 4 - Opposition ist massgeblich an der Reform des autokratischen Systems beteiligt, Pfad 5 - Zusammenbruch des alten autokratischen Systems, Pfad 6 - Revolution

Erfolgsfaktoren: Wirtschaftliche Entwicklung, Rolle von Eliten (divergierende Interessen der Eliten bzw Unterstützung der Eliten), Demokratische Institutionen (parlamentarische Demokratien höhere Chance der Konsolidierung), Nation und Staat (Konsens über Staatsgebiet und Staatsvolk), Formale Institutionen und informelle Praktiken (fehlende Rechtsstaatlichkeit Hindernis)

5 Formen demokratischer Regierungssysteme

Regierungssystem: formale Ausgestaltung und Funktionsweise eines politischen Systems, unterscheiden sich darin, wie die Macht zwischen den verschiedenen Organen des zentralen politischen Entscheidungssystems verteilt und das Verhältnis dieser Organe untereinander ausgestaltet ist

Rechtsstaat: Niemand, auch nicht die Staatsgewalt, steht über dem Ge-

setz.

Gewaltenteilung: System von Kontrollen und Gegengewichten: Politische Macht wird auf verschiedene Ämter und Staatsorgane verteilt, damit keiner der Machtträger unabhängig von den anderen handeln kann (Rechtsstaat allein genügt nicht, die Macht der Regierenden effektiv zu kontrollieren)

Horizontale Gewaltenteilung: Aufteilung der Staatsmacht zwischen den Institutionen der Legislative (gesetzgebende Gewalt), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (richterliche Gewalt)

Parlamentarisches Regierungssystem: Indirekte Wahl der Regierung, Möglichkeit des Parlaments, die Regierung abzusetzen

- Parlament ist das einzige, vom Volk direkt gewählte Staatsorgan
- Exekutive geht aus dem Parlament hervor, Exekutive existiert nicht unabhängig von der Legislative
- Regierung ist dem Parlament rechenschaftspflichtig, Parlamentsmehrheit kann Regierung durch Misstrauensvotum aus dem Amt entheben
- teilweise Verschmelzung der Gewalten
- kollegialer Charakter der Regierung
- Staatsoberhaupt vor allem symbolische Funktion
- Rolle der Parteien: gut organisierte Parteien, starke Parteidisziplin
- Machtverteilung zwischen Exekutive und Legislative: starke Kooperation, Möglichkeit der Regierung, Gesetze einzubringen (Agenda-Setting-Macht)
- Vertrauensfrage: Wirksames Instrument der Regierung zur Durchsetzung eigener Gesetzesvorschläge (Ablehnung des Gesetzesvorschlags wird als Misstrauensvotum interpretiert und würde zu Neuwahlen führen)

Präsidentielles Regierungssystem: nicht nur Parlamentsmitglieder sondern auch der Präsident wird vom Volk gewählt

- Präsident hat eine dem Parlament ebenbürtige demokratische Legitimation
- Parlament und Präsident können sich nicht absetzen/auflösen
- Präsident innerhalb der Regierung hervorgehobene Stellung, bestimmt die Zusammensetzung seines Kabinetts
- Präsident hat in Entscheidungsfragen das letzte Wort
- Minister haben weniger Macht, sind eher Berater des Präsidenten
- symbolische Funktion als Staatsoberhaupt und tatsächliche machtpolitische Funktionen als Regierungschef fallen zusammen
- Rolle der Parteien: Bedeutung schwächer, Arbeit der einzelnen Abgeordneten steht im Mittelpunkt
- Machtverteilung zwischen Exekutive und Legislative: ausgeglichener, konfliktreich, es kann zu einem Patt im Entscheidungsprozess kommen

Semi-Präsidentielle Systeme: Vom Volk gewählter Präsident neben einem dem Parlament verantwortlichen Premierminister samt Kabinett, Exekutivmacht geteilt, politische Entscheidungsfindung kann schwierig werden

Deutschland: klassisches parlamentarisches Regierungssystem

Österreich: Klassifizierung umstritten, eher semi-präsidentielles Regierungssystem

Schweiz: Mischsystem, Parlament aus zwei direkt vom Volk

gewählten Kammern (Nationalrat und Ständerat), beide Kammern wählen Regierung aus sieben gleichberechtigten Bundesräten, kein Misstrauensvotum möglich, starke direktdemokratische Mitbestimmungsrechte

Konsolidierung: Empirisch parlamentarische Regierungssysteme höhere Erfolgchancen für die Konsolidierung, Probleme bei präsidentellen Systemen (Konfliktpotential, Rigidität, Alles-oder-Nichts-Charakter, Potentiell intoleranter politischer Stil, populistische Kandidaten)

Vertikale Gewaltenteilung: Zuständigkeiten und Regelungsbefugnisse werden zwischen nationalen und subnationalen Staatsebenen aufgeteilt

Föderalismus: Handlungsautonomie der jeweils verantwortlichen Regierungsebene verfassungsrechtlich garantiert

- Kompetenzteilung zwischen Zentralstaat und Gliedstaaten
- demokratisch legitimierte Institutionen auf substaatlicher Ebene
- Spannungsverhältnis zwischen der nationalen und substaatlichen Ebene
- Spannungsreduktion durch zweite Parlamentskammer, geschriebene Verfassungen, starke Verfassungsgerichtsbarkeit
- Bikameralismus: zweite Parlamentskammer, in der Teilstaaten vertreten sind
- Verfassungsgerichtsbarkeit: in föderalen Staaten wichtige Rolle
- Drei Arten von Dezentralisierung: administrative, fiskalische, politische

Deutschland: Föderaler Bundesstaat durch Ewigkeitsklausel geschützt, sechzehn Bundesländer mit eigenem System, zweite Parlamentskammer (Bundesrat)

Österreich: neun Bundesländer ohne Judikative, starke Verfassungsgerichtsbarkeit, zweite Parlamentskammer (Bundesrat), wenig Kompetenzen der Bundesländer

Schweiz: Föderalismus stark ausgeprägt, zweite direkt gewählte Parlamentskammer (Ständerat), keine starke Verfassungsgerichtsbarkeit aber Referendum

Wirkung: Wahrung von Vielfalt

- Besonders bei heterogenen Staaten integrativ
- Schutz von Minderheiten, regional unterschiedliche Politik möglich
- Teilstaaten im Wettbewerb
- Mehr Ansatzpunkte zur politischen Partizipation
- Kompromiss- und Zeitbedarf für Entscheidungsfindung erhöht
- Staatstätigkeit unübersichtlicher
- Zuordnung der politischen Verantwortung schwieriger
- Grösseres Risiko für Staatsverschuldung
- Subsidiaritätsprinzip: Entscheidungsbefugnisse bei der niedrigstmöglichen Ebene

Vetospielderansatz: Auswirkungen verschiedener institutioneller Konfigurationen analysieren, je mehr Vetospieler desto schwieriger Entscheidungsfindung

Vetospieler: individuelle oder kollektive Akteure, deren Zustimmung für eine politische Entscheidung notwendig sind

Grafische Darstellung: Idealpunkt und StatusQuo-Indifferenzkurven von zwei policies für mehrere Vetospieler, Windet kann nur

in der Schnittfläche der verschiedenen Vetospieler liegen, niemand möchte eine Verschlechterung des Status Quo

6 Wahlen

Funktionen: Selektionsverfahren, durch die eine Körperschaft gebildet oder eine Person mit Führungspositionen ausgestattet werden

In autokratischen Systemen: nicht Wettbewerb um politische Systeme, sondern Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse, oft Ämterzuweisung suggeriert, Wahlprozess aber manipuliert

In demokratischen Systemen: Rekrutierung in politische Ämter, wettbewerbsorientiert, konstitutiv, Grundbedingungen: allgemein (alle Staatsbürger), gleich (jede Stimme gleich viel), frei (kein Zwang oder Behinderung), direkt (Stimme hat unmittelbaren Einfluss auf Bestellung der Mandatsträger), geheim (Wahlentscheidung des Einzelnen nicht erkennbar)

Institutionelle Merkmale von Wahlsystemen: Wahlsysteme können am leichtesten verändert werden

Wahlkreiseinteilung: Räumliche Unterteilung eines Wahlgebiets, innerhalb derer die Übertragung von Stimmen auf ein oder mehrere Mandate erfolgt, bei nur einem Mandat werden grosse Parteien systematisch bevorteilt, natürliche Sperrklausel ist der Anteil der Stimmen für ein Mandat, Wahlkreiszuschnitte sind für die Resultate entscheidend

Wahlbewerbung und: Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen, Einzelkandidatur oder Listenwahl (starr, lose, gebunden oder frei)

Stimmgebung: Wähler können eine oder mehrere Stimmen haben

Stimmenverrechnung: Verfahren, durch das Wählerstimmen auf Mandate übertragen werden, Majorzregel (einfaches oder absolute Mehrheit der Stimmen in einem Wahlbezirk, restliche Stimmen gehen verloren), Proporzregel (Mandate im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen)

Wahl- und Meldepflicht: Wahlpflicht führt zu hoher Beteiligung, obligatorische Eintragung in Wählerlisten drückt Wahlbeteiligung

Mehrheitswahlsystem: stabile Mehrheiten, stabileren Regierungen, eindeutige Zuweisung der politischen Verantwortung, polarisierter Wahlkampf führt zu Identifikation

Verhältnisswahlsystem: gerechte Repräsentation, Chance für neue politische Strömungen

Geschaffene Mehrheiten: grosse Parteien werden über Gebühr bevorteilt und haben mehr Sitze als Stimmenanteil

Scheinbare Mehrheit: Zweitstärkste Partei hat absolute Mehrheit der Sitze im Parlament

Verdiente Mehrheit: Partei hat Mehrheit der Sitze und Mehrheit der Stimmen

Wähler: Alle Staatsbürger ab einem bestimmten Alter wahlberechtigt (Aktives Wahlrecht), Alle volljährigen Staatsbürger dürfen gewählt werden (Passives Wahlrecht)

Wahlverhalten: Direkte Beobachtung des Wahlverhaltens durch das geheime Wahlrecht verboten

Erklärungsmodelle: in der Wahlforschung

Soziologischer Erklärungsansatz: Wahlentscheidung kann durch Zu-

gehörigkeit zu bestimmten Gruppen erklärt werden, politische Sozialisierung wichtig

Individualpsychologischer Erklärungsansatz: individuelle Parteidifikation (affektive Bindung), durch langfristige Sozialisationsprozesse entwickeln sich Wahrnehmungen und Bewertungen politischer Ereignisse (funnel of causality), Kandidatenorientierung oder Sachthemenorientierung

Modell des rationalen Wählers: beschränkt sich auf kurzfristige Einflussfaktoren, Wähler entscheidet sich für jene Partei, von deren Politik er sich den grössten Vorteil verspricht, Ideologien als Orientierung, Paradoxon, dass Nichtwählen rationaler ist

Einflussfaktoren auf Partizipation: Wahlpflichtgefühl, Parteienidentifikation, Zufriedenheit mit dem System, Wahrnehmung der Problemlösungskompetenz des Systems, sozioökonomischer Status

Regierungsverhalten und Wahlzyklus: Handlungsspielraum der Regierung unmittelbar nach der Wahl am Grössten, Versuch der Regierung, die Ausgaben von den Einnahmen zu trennen, Externe Schuldzuweisung oder Aneignung von externen Leistungen

Effekte von Wahlsystemen: Unterschiedliche Wahlsysteme bilden Parteipräferenzen unterschiedlich stark ab

Verhältnisswahlrecht: stärkeres Fairnessgefühl, grössere Wahlbeteiligung, Kompetenzzuschreibung schwieriger

Merheitswahlrecht: klarere Alternativen, Stimme primär für oder gegen bestimmte Regierung, Stimmen gehen vor allem an die zwei stärksten Parteien

Zeitperspektive: Wahlentscheidung kann rückblickend (Belohnung oder Bestrafung) oder vorausschauend geschehen

Wahlkampfstrategien: Im Merheitswahlrecht breitere Strategie mit ideologisch neutralen Themen, im Verhältnisswahlrecht abgrenzende Strategien

Regierungsarbeit: Im Merheitswahlsystem bei jeder Wahl Chance auf Richtungswechsel

Politische Repräsentation: In Merheitswahlsystemen politische Bürger weniger gut repräsentiert

7 Direkte Demokratie

Halbdirekte Demokratie: Kombination der direkten (alle politischen Entscheidungen werden direkt vom Volk getroffen) und der repräsentativen/indirekten Demokratie

Funktion: Grundsätzlich dieselben Funktionen wie Wahlen, allerdings in Sachfragen und keine zeitliche Regelmässigkeit

Kontrollfunktion: stellt sicher, dass getroffene Entscheidung dem Willen der Volksmehrheit entsprechen

Legitimationsfunktion: gesellschaftliche Akzeptanz einer politischen Entscheidung erhöhen

Deutschland: auf Bundesebene keine direktdemokratischen Elemente, aber in einigen Bundesländern und Gemeinden

Österreich: Volksabstimmung, Volksbefragung auf Antrag des Nationalrates (rechtlich nicht bindend) mit zwei alternativen Lösungsvorschlägen für ein künftiges Gesetz, Volksbegehren

Schweiz: Alle Gesetze auf nationaler Ebene unterliegen dem dem obligatorischen oder fakultativen Referendum, auch Volksinitiative, Mehrheit der Stimmen und der Stände notwendig

Elemente Obligatorisches und fakultatives Referendum: Inkrafttreten eines Rechtsaktes verhindern

- Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens umso höher, je stärker die Oppositionsgruppe ist (Organisations-, Konfliktfähigkeit und Wählerpräferenzen)

- Politik unter Referenden von einer steten Risikoabwägung zwischen Mehrheitskoalition und Oppositionsminderheit geprägt

- Annäherung der politischen Entscheidungen am Status Quo, Reform- und Veränderungstendenzen werden beachtet

- Unter vollständiger Information würde es nie zu fakultativen Referenden kommen

- Innovationshemmende Wirkung

- Integrationswirkung

Regierungsreferendum: kann nur durch Regierungsparteien, Regierung oder einzelne Regierungsvertreter ausgelöst werden

- Kein Instrument der Opposition

- Vergewisserung der öffentlichen Unterstützung für eine bestimmte politische Agenda

- Spannungen innerhalb der Regierungspartei oder -koalition überwinden

- Niederlage bedeutet Legitimationsverlust, Sieg Legitimationsgewinn

Volksinitiative: Fordert die Inkraftsetzung eines bestimmten Rechtsaktes

- Direkte Durchsetzung einer Forderung gegenüber den Behörden (Legale Revolution)

- Indirekter Erfolg bei den Behörden (Schwunggeber und Verhandlungspfad)

- Mobilisierung neuer politischer Tendenzen und Themen

- Interne Mobilisierung und Selbstinszenierung (Wahlhelfer)

- Entscheidung für das Lancieren Abwägung zwischen Erfolgswahrscheinlichkeit und Innovationsgehalt

Österreichisches Volksbegehren: Sehr kurze Sammelzeit, zustande gekommenes Volksbegehren wird nicht automatisch vor das Volk gebracht

Verhalten von Stimmberechtigten: Abstimmungsteilnahme variiert stärker als Wahlteilnahme

Sozial-struktureller Ansatz: Inhalt der Abstimmung mobilisiert bestimmte Bevölkerungsschichten und Gruppen, je prominenter die gesellschaftliche Konfliktlinie desto höher die Abstimmungsteilnahme

Sozial-psychologischer Ansatz: Problemorientierung, je deutlicher Abstimmungsthema Parteien und Interessengruppen trennt, desto höher die Abstimmungsteilnahme

Ökonomischer Ansatz: Zur Wahl stehende Alternativen werden vor dem Hintergrund des eigenen Interesses abgewägt und die Alternative mit dem grössten Nutzen gewählt

Verhalten der Politiker: Referendum soll Profil schärfen, muss stark polarisieren, wichtiges Problem ansprechen und den Wählern vertraut sein, auch Referenden und Initiativen des Gegners können genutzt werden